

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Schrifttumsverzeichnis .....	XXI

## **Teil 1: Der Referendar in der Anwaltsstation Verwaltungsrecht**

I. Vorgaben des Vorbereitungsdienstes .....	1
1. Prüfgebiete .....	1
2. Prüfungsanforderungen .....	2
II. Der Ausbildungsplan .....	2

## **Teil 2: Klausurtechnik/Vortragstechnik**

I. Die Klausur .....	5
1. Einführung .....	5
2. Mögliche Konstellationen in Prüfungsaufgaben .....	5
3. Durcharbeiten des Aktenauszuges .....	6
4. Problemerkfassung und Problemgewichtung .....	7
5. Zeitmanagement .....	7
6. Gutachterliche Lösung und Kontrolle .....	8
a) Sprache und Übersichtlichkeit .....	8
b) Urteilsstil oder Gutachtenstil .....	9
7. Entwurf des bestimmenden Schriftsatzes/Mandantenschreiben .....	9
8. Ein Wort zur Psychologie .....	11
II. Der Aktenvortrag .....	11
1. Gesetzliche Vorgaben und Weisungen des Landesjustizprüfungsamtes .....	11
2. Vorbereitungszeit .....	12
3. Einüben des Aktenvortrags .....	13
4. Der Aktenvortrag .....	13
a) Situation des Prüflings .....	13
b) Das Votum .....	14
c) Der Aufbau des Aktenvortrags .....	15
d) Die rechtliche Lösung des Falles .....	15
e) Zweckmäßigkeitserwägungen .....	15
f) Abschließender Vorschlag .....	16

### Teil 3: Das verwaltungsrechtliche Mandat

I. Der Beruf des Rechtsanwaltes als Ziel der Assessorprüfung	17
II. Ermittlung des Sachverhalts auf der Grundlage des Amtsermittlungsgrundsatzes	17
III. Ermittlung der Zielvorstellung des Mandanten	18
IV. Ermittlung des Verfahrensstandes	18
1. Beteiligungs- und Handlungs- bzw. Prozessfähigkeit	19
a) Beteiligungsfähigkeit	19
b) Handlungs- bzw. Prozessfähigkeit	19
c) Beteiligte	19
d) Beiladung/Hinzuziehung	20
2. Fristen und Zustellung	20
a) Beginn von Fristen	20
b) Fristende	21
c) Zustellung	21
3. Anhörung gem. § 28 VwVfG	22
4. Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden	23
a) Sachliche Zuständigkeit	23
b) Örtliche Zuständigkeit	23
V. Entwicklung der Zielvorstellung des Rechtsanwaltes	24
VI. Zweckmäßigkeitserwägungen und Kosten	25
1. Umsetzung des Mandantenbegehrens	25
2. Kosten und Gebühren	25

### Teil 4: Der Anwalt im Verwaltungsverfahren

I. Einführung	26
II. Der Verwaltungsakt	26
III. Aufhebung von Verwaltungsakten	28
1. Die Rücknahme eines Verwaltungsaktes	28
2. Der Widerruf eines Verwaltungsaktes	29
3. Abwicklung nach Aufhebung des Verwaltungsaktes	29
IV. Die Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	30
1. Notwendige Abgrenzungen	30
2. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	31
3. Die Rechtmäßigkeit der Nebenbestimmung	31
4. Isolierte Aufhebung der Nebenbestimmung	32
V. Zusage und Zusicherung	32
VI. Das Widerspruchsverfahren	33

**Teil 5: Das verwaltungsgerichtliche Verfahren  
und Vollstreckungsverfahren**

I. Die Anfechtungsklage	36
1. Klageziel	36
2. Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	36
a) Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	36
b) Statthaftigkeit	38
c) Klagebefugnis	38
d) Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	38
e) Klagefrist	39
f) Klagegegner	40
g) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	41
h) Beteiligtenfähigkeit	41
i) Prozessfähigkeit	42
j) Ordnungsgemäße Klageerhebung	42
3. Begründetheit	48
a) Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes	48
b) Rechtsverletzung des Klägers	49
c) Annexantrag nach § 113 Abs. 1 Satz 2 VwGO	49
II. Die Verpflichtungsklage	50
1. Klageziel/Statthafte Klageart	50
2. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	50
a) Klagebefugnis	50
b) Vorverfahren gem. § 68 VwGO	50
c) Klagefrist	51
d) Klagegegner	51
e) Beteiligten- und Prozessfähigkeit	51
f) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	51
3. Begründetheit	51
a) Verpflichtungsurteil	51
b) Bescheidungsurteil	52
4. Klageantrag	52
5. Untätigkeitsklage gem. § 75 VwGO	52
a) Allgemeines	52
b) Angemessene Frist	53
c) Ohne zureichenden Grund	53
d) Sachlich nicht entschieden	53
III. Die allgemeine Leistungsklage	54
1. Klageziel/Statthafte Klageart	54
2. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	54
a) Klagebefugnis	54
b) Klagefrist	54
c) Klagegegner	54
d) Unbezifferter Klageantrag	54

	Seite
e) Vorverfahren .....	55
f) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis .....	55
3. Begründetheit .....	55
4. Klageantrag .....	57
IV. Die Feststellungsklage (§ 43 VwGO) .....	57
1. Klageziel/Statthafte Klageart .....	58
2. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen .....	58
a) Klagebefugnis .....	58
b) Konkretes Rechtsverhältnis .....	58
c) Subsidiarität .....	59
d) Berechtigtes Interesse an der Feststellung .....	59
e) Klagefrist .....	59
f) Klagegegner .....	59
3. Begründetheit .....	59
4. Nichtigkeitsfeststellungsklage .....	60
5. Klageantrag .....	61
V. Die Fortsetzungsfeststellungsklage .....	61
1. Klageziel .....	61
2. Erledigung eines Verwaltungsaktes .....	61
3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen .....	63
a) Klagebefugnis .....	63
b) Klagefrist .....	63
c) Erfolgloses Vorverfahren analog §§ 68 ff. VwGO .....	63
d) Klagegegner .....	63
e) Berechtigtes Feststellungsinteresse .....	63
4. Begründetheit .....	65
5. Klageantrag .....	65
VI. Das Normenkontrollverfahren .....	66
1. Klageziel/Statthafte Klageart .....	66
2. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen .....	67
a) Antrag .....	67
b) Antragsbefugnis von natürlichen oder juristischen Person .....	67
c) Antragsbefugnis von Behörden .....	68
d) Prozessuale Präklusion .....	68
e) Antragsfrist .....	69
f) Antragsgegner .....	69
g) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis .....	69
3. Begründetheit .....	69
4. Eilantrag nach § 47 Abs. 6 VwGO .....	70
5. Klageantrag .....	70
VII. Verfahren in der Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	70
1. Verfahrensgrundsätze .....	70

	Seite
2. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	70
a) Voraussetzungen der Wiedereinsetzung . . . . .	71
b) Entscheidung über die Wiedereinsetzung . . . . .	73
VIII. Möglichkeit der Beendigung des Verfahrens . . . . .	73
1. Klagerücknahme . . . . .	73
a) Allgemeines . . . . .	73
b) Erklärung der Klagerücknahme . . . . .	73
c) Fiktion der Klagerücknahme . . . . .	74
d) Entscheidung des Gerichts und Rechtsfolgen . . . . .	74
2. Vergleich . . . . .	75
a) Prozessvergleich . . . . .	75
b) Außergerichtlicher Vergleich . . . . .	78
3. Erledigung . . . . .	78
a) Übereinstimmende Erledigungserklärung . . . . .	78
b) Teilweise übereinstimmende Erledigungserklärung . . . . .	79
c) Einseitige Erledigungserklärung . . . . .	79
IX. Rechtsmittel . . . . .	80
1. Berufung . . . . .	80
a) Berufungszulassung . . . . .	80
b) Berufung, die durch Urteil gem. § 124 Abs. 2 Satz 1 VwGO zugelassen worden ist . . . . .	86
2. Revision . . . . .	87
3. Nichtzulassungsbeschwerde . . . . .	87
4. Beschwerde . . . . .	88
5. Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .	88

## **Teil 6: Einstweiliger Rechtsschutz und Verwaltungsvollstreckung**

I. Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung, § 80 Abs. 5	
S. 1, Hs. 2 VwGO . . . . .	89
1. Statthaftigkeit . . . . .	89
2. Durchführung des Verfahrens . . . . .	89
a) Antrag . . . . .	89
b) Vorheriger Antrag an die Behörde . . . . .	89
c) Zuständigkeit des Gerichts der Hauptsache . . . . .	90
d) Antragsfrist . . . . .	90
e) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	90
f) Antragsgegner . . . . .	90
3. Begründetheit . . . . .	90
a) Formelle Mängel der Anordnung der sofortigen Vollziehung . . . . .	90
b) Interessenabwägung/summarische Prüfung . . . . .	92
c) Streitwert . . . . .	93
d) Kosten . . . . .	93
II. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung, § 80 Abs. 5 Satz 1 Hs. 1 VwGO . . . . .	93

	Seite
1. Statthaftigkeit	93
a) Öffentliche Abgaben und Kosten, § 80 Abs. 2 Nr. 1 VwGO	94
b) Unaufschiebbare Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten, § 80 Abs. 2 Nr. 2 VwGO	94
c) Anordnung durch Bundes- oder Landesgesetz, § 80 Abs. 2 Nr. 3 VwGO	94
d) Fall des § 80 Abs. 2 S. 2 VwGO	95
2. Zulässigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	95
3. Begründetheit	95
a) Interessenabwägung	95
b) Glaubhaftmachung	96
III. Vorläufiger Rechtsschutz bei Verwaltungsakten mit Drittwirkung, § 80a VwGO	96
1. Rechtsschutz des Drittbelasteten, § 80a Abs. 1 Nr. 2 VwGO	97
a) Antrag des Dritten	97
b) Zulässigkeit des Antrages	97
c) Begründetheit/Gegenstand der gerichtlichen Prüfung	99
2. Rechtsschutz des Begünstigten, § 80a Abs. 1 Nr. 1 VwGO	99
3. Belastender Verwaltungsakt des Betroffenen, Begünstigung des Dritten, § 80a Abs. 2 VwGO (Rechtsschutz des Begünstigten)	100
4. Rechtsschutz des Betroffenen	100
IV. Faktischer Vollzug, § 80 Abs. 5 VwGO analog	100
1. Statthaftigkeit	100
2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	100
3. Begründetheit	101
V. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, § 123 VwGO	101
1. Statthaftigkeit	101
2. Weitere Sachentscheidungsvoraussetzungen	101
a) Antragsbefugnis	101
b) Antragsgegner	101
c) Antragsfrist	101
d) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	102
e) Zuständiges Gericht	102
3. Begründetheit	102
a) Anordnungsgrund	102
b) Anordnungsanspruch	103
c) Glaubhaftmachung	103
d) Vorwegnahme der Hauptsache	103
e) Entscheidung des Gerichts	103
4. Änderungsantrag	104
5. Umsetzung der einstweiligen Anordnung	104
6. Streitwert und Kosten	105
7. Antrag	105

	Seite
VI. Eilantrag nach § 47 Abs. 6 VwGO .....	105
VII. Die Verwaltungsvollstreckung .....	105
1. Ermächtigungsgrundlagen in der Verwaltungsvollstreckung .....	105
2. Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen – gestrecktes Verfahren .....	106
a) Formelle Rechtmäßigkeit der Verwaltungsvollstreckung .....	106
b) Materielle Rechtmäßigkeit der Verwaltungsvollstreckungsmaßnahme .....	106
c) Ordnungsgemäße Art und Weise der Vollstreckung/Vollstreckungsverfahren .....	107
3. Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen – gekürztes Verfahren .....	108
4. Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheids bei der Ersatzvornahme .....	108
a) Formelle Rechtmäßigkeit des Kostenbescheides .....	109
b) Materielle Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheides .....	109
5. Vollstreckung von Geldforderungen .....	110
VIII. Rechtsbehelfe in der Vollstreckung .....	111
1. Rechtsbehelf bei Einwendungen gegen den Leistungsbescheid (Grundverfügung) .....	111
2. Rechtsbehelf gegen Vollstreckungsmaßnahmen .....	111
a) Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung, § 719 Abs. 2 ZPO .....	111
b) Erinnerung, § 167 Abs. 1 VwGO i. V. m. § 766 ZPO .....	111
c) Beschwerde, § 146 VwGO .....	112
d) Vollstreckungsgegenklage, § 167 Abs. 1 VwGO i. V. m. § 767 ZPO ..	112
f) Drittwiderspruchsklage, § 167 Abs. 1 VwGO i. V. m. § 771 ZPO ...	112

## Teil 7: Originalklausuren und Lösungsvorschläge

### A. Die Streobstwiese

I. Klausurfall .....	113
II. Bearbeitervermerk und Gliederung – Vorschlag der Autoren .....	127
1. Bearbeitervermerk .....	127
2. Sachverhaltsgliederung in zeitlicher Hinsicht .....	127
3. Inhaltliche Sachverhaltsgliederung .....	127
III. Mandantenbegehren .....	128
IV. Klausurlösung .....	128
1. Zulässigkeit .....	129
a) Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges § 40 Abs. 1 Satz 1 VwGO ..	129
b) Statthafte Klageart .....	129
c) Klagebefugnis § 42 Abs. 1 Satz 1 VwGO .....	130
d) Klagefrist und Klagegegner .....	130

	Seite
e) Zwischenergebnis .....	130
2. Begründetheit .....	130
a) Aufhebungsbescheide 2006/2007 und 2007/2008 .....	130
b) Rückforderungsbescheid 2007/2008 .....	135
c) Rückforderung 2006/2007 .....	136
3. Zweckmäßigkeitserwägungen .....	136
4. Zusammenfassender Vorschlag .....	137

## **B. Der Rucksackfall**

I. Klausurfall .....	139
II. Lösungsvorschlag: .....	144
1. Anordnung der erkenntungsdienstlichen Behandlung .....	145
a) Zulässigkeit .....	145
b) Begründetheit .....	147
2. Herausgabe des sichergestellten Rucksackes .....	148
a) Zulässigkeit .....	148
b) Begründetheit .....	148
c) Zweckmäßigkeitserwägungen .....	149
d) Zusammenfassender Vorschlag .....	149

## **Teil 8: Kanzleipraxis**

I. Die Tätigkeit des Rechtsanwalts im Innenverhältnis .....	150
1. Das Berufsrecht in der verwaltungsrechtlichen Kanzlei .....	150
2. Der Rechtsanwalt und der Mandant .....	151
a) Die Anbahnung des Mandats .....	151
b) Das Beratungsgespräch .....	151
c) Beratung über Prozessrisiken .....	152
d) Beratung über den psychologischen Hintergrund des Mandats .....	152
e) Beratung über Kosten des Verfahrens .....	153
II. Die Tätigkeit des Rechtsanwalts im Außenverhältnis .....	153
1. Der Rechtsanwalt im Verwaltungsverfahren .....	153
a) Abwehr eines belastenden Verwaltungsakts .....	153
b) Erwirkung eines begünstigenden Verwaltungsakts .....	154
2. Der Rechtsanwalt in der mündlichen Verhandlung .....	155
a) Verzicht auf Tatbestand .....	155
b) Vergleichsgespräch .....	155
c) Erörterung der Streitsache .....	156
d) Beweisanträge .....	156
e) Antragstellung .....	156
f) Begründung der Anträge .....	157

## Anhang

<b>Ausbildungsplan für die öffentlich-rechtlichen Arbeitsgemeinschaften nach dem JAG NRW vom 11. März 2003 (Stand: 1. November 2007)</b> .....	159
<b>Vorbemerkung</b>	
<b>A. Organisation</b>	
I. Arbeitsgemeinschaft Öffentliches Recht I .....	160
II. Arbeitsgemeinschaft Öffentliches Recht II mit integriertem Klausurenkurs .....	160
<b>B. Gestaltung der Ausbildung</b>	
I. Arbeitsgemeinschaft Öffentliches Recht I .....	161
1. Ausbildungsziel .....	161
2. Ausbildungsgegenstände .....	161
a) Allgemeines .....	162
b) Ausbildungsschwerpunkte .....	162
3. Ausbildungsmethode .....	163
4. Pflichtaufgaben und Beurteilungen .....	163
II. Arbeitsgemeinschaft Öffentliches Recht II mit integriertem Klausurenkurs .....	164
1. Ausbildungsziel .....	164
2. Ausbildungsgegenstände .....	164
a) Allgemeines .....	164
b) Ausbildungsschwerpunkte .....	165
3. Ausbildungsmethode .....	166
4. Pflichtarbeiten und Beurteilungen .....	166
<b>Konzept zur besseren Einbindung der anwaltlichen Arbeitsgemeinschaftsleiter durch die Entwicklung einheitlicher Unterrichtsinhalte in den zivilrechtlichen, strafrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Arbeitsgemeinschaften für Fortgeschrittene im Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf (Stand: 01. September 2006)</b> .....	167
Sachregister .....	171